

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 26.01.2023

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 19:45 -20:00 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Hennke (Bündnis 90/Die Grünen) Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Henningsen
Frau Heckeroth Fraktionsvorsitzende
Herr Langeworth 2. stellv. Bezirksbürgermeister
Frau Meyer

SPD

Herr Bevan
Frau Richter
Frau Rosenbohm 1. stellv. Bezirksbürgermeisterin
Herr Suchla Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bockerhoff
Frau Dr. Lentz
Herr Löseke
Frau Waimann
Herr Westebbe Fraktionsvorsitzender

FDP

Herr Franz

Die Linke

Frau Krüger
Herr Ridder-Wilkens Fraktionsvorsitzender

Die Partei

Herr Schwarz

AfD

Herr Kneller

Bis 19:45 Uhr anwesend

Von der VerwaltungTOP

Herr Lewald	Amt für Verkehr	7, 9
Herr Bielefeld	Bauamt	6.2
Frau Dreier	Bauamt	6.2
Herr Finke	Umweltbetrieb	25
Herr Husemann	Umweltbetrieb	25
Herr Steinriede	Bauamt	26
Frau Runte-Specchio	Bauamt	26

Herr Tobien Büro des Oberbürgermeisters und des Rates,
Schriftführer

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Hennke begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig sei.

Mit tiefer Betroffenheit teilt sie mit, dass Herr Willi Blumensaat im Dezember 2022 plötzlich und unerwartet verstorben sei. Die Bezirksvertretung Mitte werde ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Für eine Gedenkminute erheben sich die Anwesenden.

Frau Hennke teilt mit, dass Frau Martina Meyer durch Annahme der Wahl neues Mitglied der Bezirksvertretung Mitte geworden sei. Sie bittet Frau Meyer zu sich und verliest die Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde“.

Frau Meyer bestätigt per Handschlag ihr Einverständnis und unterzeichnet die Verpflichtungsniederschrift.

Sodann heißt Frau Hennke sie herzlich in der Bezirksvertretung Mitte willkommen und wünscht ihr für die zukünftige Zusammenarbeit alles Gute.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor und Frau Hennke eröffnet die 22. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Ein Bürger berichtet, dass mit Beginn des Verkehrsversuchs zur Fahrradstraße im Ehlenruper Weg nicht eindeutige Regelungen zum Halteverbot getroffen worden seien. Einerseits ließen Bodenmarkierungen das Parken zu, gleichzeitig aber würden Schilder dies verbieten. Er frage daher nach, was die Bezirksvertretung Mitte hier veranlassen könnte.

Frau Hennke erklärt, dass die Fachverwaltung um Klärung der sich widersprechenden Regelungen gebeten werde und sie davon ausgehe, dass bis dahin Verwarnungen nur bei eindeutigen Parkverstößen ausgesprochen würden.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 24.11.2022

Frau Krüger sieht die Position der Fraktion Die Linke beim Tagesordnungspunkt 13 nicht ausreichend berücksichtigt und bittet um Ergänzung der Niederschrift in dieser Sache.

Herr Tobien verweist darauf, dass nach § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung Ergänzungen oder Änderungen zu Niederschriften schriftlich bis zur Abstimmung über die Genehmigung der Niederschrift der Vorsitzenden vorzulegen seien.

Frau Hennke bittet die Fraktion Die Linke darum, den Änderungswunsch schriftlich in den nächsten Tagen an sie bzw. das Büro des Rates zu senden.

Die Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift wird zurückgestellt.

-.--

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Zu Punkt 3.1

Neuer Altglascontainer an der Hermannstraße / Ecke Turnerstraße

Der Umweltbetrieb teilt mit [im Ratsinformationssystem einsehbar]:

Auf Initiative mehrerer Anwohnerinnen und Anwohner der Ravensberger Straße, die im Bereich der offengelegten Lutter unter anderem über zurückgelassene Glasflaschen klagten, wurden die Möglichkeiten für das Aufstellen eines Altglascontainers im Umfeld geprüft.

Nach Abstimmung mit den zu beteiligenden städt. Dienststellen und dem Glasentsorger wird die städtische Fläche an der Hermannstraße / Ecke Turnerstraße (Skizze im Ratsinformationssystem einsehbar) befürwortet. Ein Dreikammerbehälter für Altglas soll dort zunächst versuchsweise aufgestellt werden. Nach erfolgreicher Erprobungsphase soll der Untergrund noch mittels Betonpflaster befestigt werden.

Frau Heckeroth berichtet, dass die Turnerstraße an dieser Stelle aufgrund einer umfangreichen Baumaßnahme abgesperrt worden sei. Da die Bezirksvertretung Mitte nicht über die Baumaßnahme informiert worden sei, bitte sie um Mitteilung, ob diese Baustelle mit der hier vorgestellten Erprobung zusammenhänge.

Nachtrag zur Niederschrift:

In der Turnerstraße neben der Kreuzung zur Hermannstraße fielen im Januar 2023 zwei Pumpen für das Regenrückhaltebecken (RRB), welches sich unter der Grünfläche neben dem Parkhaus Hermannstraße befindet, aus. Um die Funktionalität sicherzustellen, wurde das RRB über einen

Schlauch mit dem Kanalschacht verbunden, welcher mittig in der Turnerstraße liegt.

Der Gehweg und die halbe Fahrbahn der Turnerstraße wurden abgesperrt, um die Arbeiten am RRB zu ermöglichen. Die Bezirksvertretung Mitte wurde nicht extra informiert, weil die Sperrung nur ein kurzes (Teil-)Stück der Turnerstraße betraf und keine Fahrbahn komplett zu sperren war. Ein Umfahren der Absperrung - mit gegebenenfalls kurzer Wartezeit - war möglich.

Nach Abschluss der Arbeiten konnte die Turnerstraße in der 4. Kalenderwoche wieder vollständig freigegeben werden.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Fahrplananpassung

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Sowohl moBiel als auch die Auftragsunternehmen sind massiv von der anhaltenden Krankheitswelle betroffen, die Ausfallquoten von über 20 Prozent im Fahrbetrieb verursacht.

Wie in vielen anderen deutschen Städten können solche extremen Ausfallquoten nicht kompensiert werden und es kann zu Fahrtausfällen kommen. Um den Fahrgästen mehr Verlässlichkeit zu bieten und kurzfristige Fahrtausfälle zu verhindern, wurden bereits im September 2022 und im Januar 2023 Angebotsanpassungen vorgenommen. Durch die Anpassungen wird sichergestellt, dass das Angebot in der morgendlichen Verkehrsspitze abgesichert wird und außerhalb dieser Zeit keine kurzfristigen Ausfälle auftreten.

moBiel hat bereits im Sommer 2022 eine Einstellungsoffensive im Fahrbetrieb gestartet und im Jahresverlauf konnten 88 Personalzugänge im Fahrbetrieb erreicht werden. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung umgesetzt und zusätzlich Subunternehmer beauftragt. Durch diese Maßnahmen konnten die hohen Personalausfälle allerdings nicht vollständig kompensiert werden, da der Arbeitsmarkt von Personal- und Fachkräftemangel geprägt ist und der Wettbewerb um Arbeitskräfte deutlich zunimmt.

moBiel sucht weiterhin intensiv nach Fahrerinnen und Fahrern und wird in 2023 verstärkt in die Ausbildung von Busfahrerinnen und Busfahrern investieren und die Maßnahmen zur Personalbindung und Arbeitgeberpositionierung verstärken.

Die Notwendigkeit einer Angebotsreduzierung wird monatlich bewertet. Sobald der Krankenstand im Fahrpersonal signifikant zurückgeht und zusätzliche Stellen im Fahrbetrieb besetzt werden können, wird der Fahrplan auf das ursprüngliche Angebot zurückgeführt.

Der für Mitte April 2023 ursprünglich geplante Fahrplanwechsel (zusätzliche Angebote zu den Schwachverkehrszeiten) wird voraussichtlich auf das Ende der Sommerferien 2023 verschoben.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

**Rosengarten: Parkraumbedarf an der Lampingstraße
(Anfrage von Herrn Franz [Einzelvertreter der FDP] vom
17.11.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5183/2020-2025

Text der Anfrage:

Wie groß ist der Parkraumbedarf an der Lampingstraße am Rosengarten?

Zusatzfragen:

- 1. Auf welcher Grundlage plant die Verwaltung den Wegfall von zehn Stellplätzen?*
- 2. Sind die Anlieger in die Überlegungen einbezogen worden?*

Antwort des Amtes für Verkehr und des Umweltbetriebes:

Der Parkraumbedarf an der Lampingstraße wird größtenteils von der Fachhochschule sowie der Rudolf-Oetker-Halle bestimmt. Genaue Angaben zum Stellplatzbedarf liegen nicht vor.

Zur Zusatzfrage:

Die Entsiegelung der Stellflächen auf dem Parkplatz ist Teil des Förderbescheids für den Rosengarten. Ebenso wurde vor dem Hintergrund der Klimaanpassung dort die Neupflanzung von Bäumen in Aussicht gestellt. Für die Neupflanzung ist jedoch eine Neuorganisation des Parkplatzes notwendig. Der den wenigen Wohngebäuden zugeordnete Stellplatzbedarf kann über die Privatflächen - sowie bei Bedarf - über das straßenbegleitende Parken abgedeckt werden. Die wesentlichen Verkehrsziele an der Lampingstraße (Fachhochschule, Oetker-Halle) sind über die Stadtbahn-Linie 4 sowie zusätzlich über den bestehenden Busverkehr sehr gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen. Die innerstädtische Lage der Lampingstraße Nr. 7 ermöglicht zudem eine gute Erreichbarkeit mit dem Fahrrad. Eine Anreise mit dem Privat-Pkw ist daher in der Regel nicht zwingend erforderlich. Der Entfall von zehn Parkständen wird vor diesem Hintergrund, insbesondere mit Bezug zu den Zielen der Mobilitätsstrategie 2030 sowie des Klimafolgenanpassungskonzepts, als sachgemäß eingeschätzt. Zudem bestehen in direktem Umfeld weitere Parkplätze an umliegenden Schulen sowie im Bereich der Universität.

Zur Zusatzfrage Nr. 2:

Die Umgestaltung des Parkplatzes war Teil der Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Rosengartens. Insbesondere die zahlreichen Neupflanzungen von Bäumen wurden von den Bürgerinnen und Bürgern positiv wahrgenommen, da der Parkplatz in seiner jetzigen Form als sehr unansehnlich empfunden wird. Bei der Bürgerbeteiligung waren zahlreiche Anliegerinnen und Anlieger und Vertreterinnen und Vertreter der umliegenden Infrastruktur anwesend und hatten somit die Gelegenheit, sich an der Planung zu beteiligen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Regenrückhaltebecken am Schlosshof
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 19.01.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5435/2020-2025

Text der Anfrage:

Wie ist der aktuelle Sachstand zum Bau eines Rückhaltebeckens am Schlosshof?

Antwort des Umweltbetriebes:

*Im Zuge der Grundlagenermittlung wurde für das Regenrückhaltebecken Schloßhofbach eine Machbarkeitsstudie durchgeführt.
Aktuell ist die Vorentwurfsplanung fertiggestellt.
Der geplante Baubeginn des Projektes ist gemäß „Abwasserbeseitigungskonzept 2022“ für das Jahr 2024 vorgesehen.*

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Empfehlung zur Entwicklung eines städtischen Pfandsystems für die Bielefelder Gastronomie **(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.01.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5430/2020-2025

Text des Antrags:

Die BV Mitte empfiehlt den zuständigen städtischen Ausschuss Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein städtisches Pfandsystem für Mehrwegverpackungen zu entwickeln. Dieses soll es den Kunden von Restaurants, Imbissstuben und Cafés ermöglichen, in Bielefeld erworbenes Pfandgeschirr in zumindest jedem teilnehmenden gastronomischen Bielefelder Betrieb einlösen zu können. Das Pfandsystem soll in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen entwickelt werden. Dabei soll versucht werden, auch die aufgrund ihrer geringen Größe von der gesetzlichen Regelung ausgenommenen Betriebe mit ins Boot zu holen. Auch die Bereitstellung von Pfandautomaten soll dabei bedacht werden. Wenn möglich, sollen auch Fördergelder eingeworben werden, um die Entwicklung und Bereitstellung des Pfandsystems finanziell zu unterfüttern.

Herr Westebbe begründet den Antrag und hebt hervor, dass der Stadtbezirk Mitte durch die Innenstadtgastronomie überdurchschnittlich von Verpackungsmüll betroffen sei. Es müsse daher eine Anregung geschaffen werden, um diesen zu reduzieren. Da dies nur mit einer stadtweiten Lösung möglich sei, solle mit dem Antrag genau dies dem zuständigen Ausschuss empfohlen werden.

Herr Henningsen erklärt, dass dies keine kommunale Aufgabe sei, sondern eine bundesweite Regelung getroffen werden müsse. Ein Sonderweg der Stadt Bielefeld sei keine Option.

Herr Ridder-Wilkens begrüßt die Idee, sieht aber den Einzelhandelsverband eher in der Verantwortung. Die Stadtverwaltung habe andere Aufgaben wahrzunehmen.

Herr Kneller hält das angeregte Pfandsystem für zu kompliziert und geht nicht davon aus, dass es zu einer spürbaren Reduzierung der Müllmenge führen werde.

Herr Schwarz begrüßt den Antrag.

Der Antrag zur Empfehlung für die Entwicklung eines städtischen Pfandsystems wird mit Mehrheit abgelehnt.

Zu Punkt 6

Unerledigte Punkte der letzten Tagesordnung

Zu Punkt 6.1

Außerschulische Nutzung von Schulaußenanlagen durch Dritte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4325/2020-2025/1

Herr Suchla teilt mit, dass die Rückmeldungen der Schulen gezeigt habe, dass die Thematik schulbezogen und von verschiedenen Seiten betrachtet werden müsse. Die SPD-Fraktion habe dazu noch Fragen an die Fachverwaltung und er beantrage daher zweite Lesung der Vorlage.

Frau Heckeroth, Frau Brockerhoff und Herr Franz schließen sich an.

Frau Hennke erklärt, dass ihr die SPD-Fraktion soeben bereits einige Fragen schriftlich vorgelegt habe und das Amt für Schule dazu um Beantwortung gebeten werde.

Der Tagesordnungspunkt wird in zweiter Lesung zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 6.2

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/1/60.00 „Wohnen und Gewerbe westlich der Schloßhofstraße im Bereich des Schloßhofteichs“ für das Gebiet westlich der Schloßhofstraße, nördlich des Schloßhofteichs und östlich der Straße Wickenkamp im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

- Stadtbezirk Mitte -

- Stadtbezirk Schildesche -

Beschluss zur Einleitung des Bebauungsplan-Verfahrens:

- Aufstellungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4327/2020-2025/1

Frau Dr. Lentz stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag vor. Der bisherige Bebauungsplan sei aus dem Jahr 1967 und einzelne Bebauungspläne seien oftmals sehr kleinteilig. Mit einem Rahmenplan würde für Investoren und die Politik eine Orientierung gegeben, wie Planungen in größeren Arealen aussehen könnten.

Text des Antrags:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt vor dem Aufstellungsbeschluss eine städtebaulich- und freiraumbezogene Rahmenplanung innerhalb von sechs Monaten zu erstellen.

Dieser Rahmenplan bezieht sich auf das Gebiet Schloßhofteich / Schloßhofmühle und das sog. Kowertgelände einschl. der Grünflächen zwischen

Schloßhofstraße, Am Brodhagen und Drögestraße (beidseitig) und entspricht den folgenden Anforderungen:

- Die stadtklimatische Analyse 2018 zeigt, dass die geplanten Bebauungsbereiche von einer wichtigen Frischluftschneise durchzogen werden und dass das Ausmaß und die Art und Weise der Bebauung (Stellung der Baukörper) hierauf Rücksicht nehmen müssen.*
- Der in diesem Bereich verrohrte Schlosshofbach sollte renaturiert werden und der südliche und nördliche Teil des Schlosshof-Grünzugs, der durch die Bebauungsbereiche und die Schlosshofstraße unterbrochen wird, so weit wie möglich verbunden werden. Die Ausnutzung der Fläche „Kowert“ wird hierdurch begrenzt.*
- Wegen des hohen Bedarfs ist das nach Abzug der für Umweltbelange unverzichtbaren Flächen verbleibende Wohnbauland optimal zu nutzen*

Der Rahmenplan wird den zuständigen politischen Gremien vorgelegt, die weitere Bearbeitung des Bebauungsplanes Nr. II/1/60.00 wird mit der Rahmenplanung abgestimmt.

Herr Suchla unterstreicht den Wunsch der SPD-Fraktion, die Umsetzung für die geplante Wohnbebauung zügig zu ermöglichen. Die Idee eines Rahmenplans könne mitgetragen werden, jedoch dürfe hier nicht ohne eine zeitliche Perspektive vorgegangen werden. Er stellt zu dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die SPD-Fraktion einen Ergänzungsantrag.

Text des Ergänzungsantrags:

Die Verwaltung wird gebeten, den beteiligten Gremien, hier der Bezirksvertretung Mitte und dem StEA, die Beschlussvorlage zum Aufstellungsbeschluss eines B-Planes am Schlosshof nach sechs Monaten, also in der Sitzung nach der Sommerpause, für den Fall unverändert vorzulegen, sollte eine Entwicklung eines Rahmenplanes in der Zeit nicht zu schaffen sein.

Frau Hennke verweist auf die heutige Beratung in der Bezirksvertretung Schildesche und die kommende Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Es müsse eindeutig sein, ab welchem Zeitpunkt der Zeitraum von sechs Monaten gerechnet werde.

Sodann verständigt sich die Bezirksvertretung Mitte darauf, dass spätestens in der Sitzung nach der Sommerpause die Beschlussvorlage erneut vorzulegen sei, sollte bis dahin kein Rahmenplan vorgelegt worden sein.

Herr Ridder-Wilkens kritisiert, dass die Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge erst kurz vor der Sitzung gestellt worden seien. Die Fraktion Die Linke könne einer weiteren Verzögerung nicht zustimmen, da Wohnraum dringend benötigt werde. Die angeführten Bedenken zur Kaltluftschneise teile er nicht, da es sich hier nur um drei einzelne Baukörper handele. Er bitte, über die drei Punkte für die Rahmenplanung getrennt abstimmen zu lassen.

Herr Bielefeld gibt eine Übersicht zu den rechtlichen Vorgaben für ein Bebauungsplanverfahren und sieht aufgrund der einzuhaltenden Formalien und Zeitabläufe wenig Möglichkeiten, das Verfahren zu beschleunigen. Er sei zuversichtlich, dass das Bauamt den Rahmenplan bereits vor der Sommerpause vorlegen könne.

Sodann lässt Frau Hennke über die drei Punkte für die Rahmenplanung getrennt abstimmen.

Beschluss über die Rahmenplanung:

Die stadtklimatische Analyse 2018 zeigt, dass die geplanten Bebauungsbereiche von einer wichtigen Frischluftschneise durchzogen werden und dass das Ausmaß und die Art und Weise der Bebauung (Stellung der Baukörper) hierauf Rücksicht nehmen müssen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der in diesem Bereich verrohrte Schlosshofbach sollte renaturiert werden und der südliche und nördliche Teil des Schlosshof-Grünzugs, der durch die Bebauungsbereiche und die Schlosshofstraße unterbrochen wird, so weit wie möglich verbunden werden. Die Ausnutzung der Fläche „Kowert“ wird hierdurch begrenzt.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Wegen des hohen Bedarfs ist das nach Abzug der für Umweltbelange unverzichtbaren Flächen verbleibende Wohnbauland optimal zu nutzen

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

Sodann lässt Frau Hennke über die kombinierten und veränderten Änderungs- und Ergänzungsanträge abstimmen.

Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt vor dem Aufstellungsbeschluss eine städtebaulich- und freiraumbezogene Rahmenplanung innerhalb von vier Monaten zu erstellen.

Dieser Rahmenplan bezieht sich auf das Gebiet Schloßhofteich / Schloßhofmühle und das sog. Kowertgelände einschl. der Grünflächen zwischen Schloßhofstraße, Am Brodhagen und Drögestraße (beidseitig) und entspricht den folgenden Anforderungen:

- Die stadtklimatische Analyse 2018 zeigt, dass die geplanten Bebauungsbereiche von einer wichtigen Frischluftschneise durchzogen werden und dass das Ausmaß und die Art und Weise der Bebauung (Stellung der Baukörper) hierauf Rücksicht nehmen müssen.
- Der in diesem Bereich verrohrte Schlosshofbach sollte renaturiert werden und der südliche und nördliche Teil des Schlosshof-Grünzugs, der durch die Bebauungsbereiche und die Schlosshofstraße unterbrochen wird,

- so weit wie möglich verbunden werden. Die Ausnutzung der Fläche „Kowert“ wird hierdurch begrenzt.
Wegen des hohen Bedarfs ist das nach Abzug der für Umweltbelange unverzichtbaren Flächen verbleibende Wohnbauland optimal zu nutzen

Die Verwaltung wird beauftragt, den beteiligten Gremien, hier der Bezirksvertretung Mitte und dem Stadtentwicklungsausschuss, die Beschlussvorlage zum Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes am Schlosshof spätestens in der Sitzung nach der Sommerpause für den Fall unverändert vorzulegen, sollte eine Entwicklung eines Rahmenplanes in der Zeit nicht zu schaffen sein.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Verkehrskonzept „Bielefelder Westen“ – hier: Beschluss des Verkehrskonzeptes und weiteres Vorgehen nach umfangreicher Bürgerinformation

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5042/2020-2025

Herr Langeworth beantragt für die CDU-Fraktion erste Lesung. Die Bürgerinformationsveranstaltung sei gut besucht gewesen und es habe unterschiedliche Bewertungen zu den einzelnen Punkten des Verkehrskonzeptes gegeben. Die Verwaltung habe die Prüfung der in der Bürgerinformationsveranstaltung gemachten, verschiedenen Vorschläge zugesagt. Für eine Entscheidung müssten der Bezirksvertretung Mitte nun die Ergebnisse der Prüfung und die Dokumentation vorgelegt werden.

Nach den Wortbeiträgen von Herrn Kneller, Frau Richter und Herrn Henningsen weist Frau Hennke darauf hin, dass es darum gehe, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, um überhaupt zunächst einmal mit dem Verkehrsversuch beginnen zu können. Viele der Punkte und Vorschläge könnten erst nach einer Praxisphase beurteilt werden.

Herr Lewald ergänzt, dass es in der ersten Phase nicht zu baulichen Veränderungen kommen werde. Zur nächsten Sitzung würden die geforderten Unterlagen vorgelegt.

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Neuausrichtung des Mobilfunkausbaus in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4906/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt zu beschließen:

1. Es wird die Wichtigkeit des Mobilfunkausbaus, insbesondere mit neuen Mobilfunktechnologien wie 5G oder neuere, für die Stadt Bielefeld anerkannt.
2. Zukünftig werden grundsätzlich die Vorgaben der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in seiner jeweils aktuellen Fassung für den weiteren Mobilfunkausbau in der Stadt Bielefeld angewendet.
3. Die Beschlüsse vom Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss vom 18.12.2001 (TOP 8, Vorlage 4662) und vom 23.11.2004 (TOP 31, Drucksachen-Nr. 219) sowie der Beschluss vom Werksausschuss Immobilienservicebetrieb vom 23.11.2004 (TOP 15, Drucksachen-Nr. 219) für den Mobilfunkausbau werden aufgehoben.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung Anfragen von Unternehmen zum Mobilfunkausbau zu koordinieren und vorbehaltlich notwendiger Prüfungen, städtische Liegenschaften für den Mobilfunkausbau zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Errichtung von Fahrradstellplätzen in der Innen-/ Altstadt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5039/2020-2025

Frau Brockerhoff stellt einen Ergänzungsantrag:

Ergänzend wird die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob an folgenden Standorten auch Abstellmöglichkeiten für Lastenräder geschaffen werden können:

- August-Bebel-Straße
- Nikolaus-Dürkopp-Straße
- Marktstraße
- Püggenstraße und
- Niederwall .

Herr Kneller sieht keine tatsächliche Nachfrage für die Fahrradstellplätze und betrachtet die Vorlage als Versuch, einen Bedarf zu konstruieren.

Frau Rosenbohm verweist auf den Ratsbeschluss zur Mobilitätsstrategie, der einen Anteil von 25 Prozent für den Radverkehr anstrebe. Die Vorlage sei Teil der Umsetzung des Ratsbeschlusses. Eine erneute Diskussion über Nachfrage oder Bedarfe sei daher in der Bezirksvertretung Mitte nicht zielführend.

Herr Ridder-Wilkens regt an, vor dem Ordnungsamt Fahrradbügel zu installieren.

Herr Henningsen fragt nach, ob der Ergänzungsantrag zu den Stellplätzen für Lastenräder noch mit der Ursprungsvorlage vereinbar sei. Entweder verringere sich die Anzahl der Stellplätze für normale Räder, oder der Platzbedarf erweitere sich, um zusätzlich Lastenräder abstellen zu können. Dies könnte einen eigenständigen Antrag erfordern.

Herr Lewald erklärt, dass er den Ergänzungsantrag als zusätzlichen Prüfungsauftrag mitnehmen könne. Der Auftrag zur Schaffung von Fahrradabstellanlagen leite sich aus dem Radverkehrskonzept ab. Bei der Auswahl der Standorte seien Vorgaben wie Rettungswege und Gehwegbreiten zu beachten gewesen. Es handle sich nur um städtische Flächen. Mit Ausnahme von zwei Parkbuchten in der Marktstraße würden keine Parkplätze für PKW entfallen.

Frau Heckerath verweist auf einen enormen Parkdruck in der Innenstadt und beantragt getrennte Abstimmung zu den acht Standorten.

Frau Krüger regt an, von der Stadt Bielefeld eine App anbieten zu lassen, in der alle Fahrradstellplätze angezeigt würden.

Herr Suchla begrüßt den Vorschlag, weitere Abstellflächen für Lastenräder zu ermitteln. Dies aber könne zu der jetzt abzustimmenden Vorlage kontraproduktiv sein. Er sehe die Stellplätze für Lastenräder als zusätzliche Anregung, nicht als Alternative zu den regulären Fahrradstellplätzen.

Frau Brockerhoff erklärt, dass ihre Fraktion ein Interesse daran habe, schnellstmöglich weitere Fahrradstellplätze zu schaffen und zieht den Ergänzungsantrag zurück. Auf das Angebot von Herrn Lewald eingehend bittet sie, bei der künftigen Suche nach Fahrradstellplätzen auch immer die Lastenräder miteinzubeziehen.

Herr Lewald sichert zu, diese Anregung mitzunehmen.

Sodann lässt Frau Hennke getrennt über die einzelnen Standortvorschläge abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Errichtung von Fahrradplätzen im Bereich Viktoriastraße 22 – August-Schroeder-Straße entsprechend der beigefügten Planung zu.**
- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -
- 2. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Errichtung von Fahrradplätzen an der August-Schroeder-Straße 3b entsprechend der beigefügten Planung zu.**
- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -
- 3. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Errichtung von Fahrradplätzen an der August-Bebel-Straße 102 / 104 entsprechend der beigefügten Planung zu.**
- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -
- 4. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Errichtung von Fahrradplätzen im Bereich Nikolaus-Dürkopp-Straße 8 – Marktstraße 11 h – Turnerstraße 29 entsprechend der beigefügten Planung zu.**
- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -
- 5. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Errichtung von Fahrradplätzen an der Piggenstraße 2 entsprechend der beigefügten Planung zu.**
- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -
- 6. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Errichtung von Fahrradplätzen im Bereich Turnerstraße 17 - Brunnenstraße entsprechend der beigefügten Planung zu.**
- mit Mehrheit beschlossen -
- 7. Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Errichtung von Fahrradplätzen am Niederwall 31 entsprechend der beigefügten Planung zu.**
- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

Die Errichtung von Fahrradplätzen an der Marktstraße 1 wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 10

Straßenpapierkörbe in der Fußgängerzone

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5299/2020-2025

Herr Ridder-Wilkens spricht sich dafür aus, zusätzlich Sammelringe für Pfandflaschen um die Papierkörbe zu setzen. Die Zusatzkosten seien vertretbar und die Argumente der Fachverwaltung für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Tobien weist darauf hin, dass Herr Ridder-Wilkens nur die Anschaffungskosten für Pfandringe anführe, nicht aber die Folgekosten der in der Stellungnahme des Umweltbetriebes beschriebenen Auswirkungen.

Herr Schwarz äußert Verständnis für die Ausführungen von Herrn Tobien bzw. des Umweltbetriebes, stimmt aber Herrn Ridder-Wilkens zu, dass Pfandringe insgesamt wünschenswert seien. Er werde sich enthalten.

Frau Heckerath stimmt den vom Umweltbetrieb vorgetragenen Bedenken zu und sieht keine Notwendigkeit, zusätzlich Pfandringe anbringen zu lassen.

Frau Dr. Lentz fragt nach, warum bei der Standortwahl der Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 01.09.2022 zur Verlegung des Mülleimers an der Bahnhofstraße 27 nicht berücksichtigt worden sei. Frau Hennke bittet, die Frage an den Umweltbetrieb weiterzuleiten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Betriebsausschuss Umweltbetrieb zu beschließen:

Die bisherigen Straßenpapierkörbe in der Bahnhofstraße und der angrenzenden Straßen in der Fußgängerzone werden durch Solarpresspapierkörbe „Econ Top“ bzw. Papierkörbe „DriveIn“ gemäß Standortplan (siehe Anlage) ersetzt. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt aus Abfallgebühren.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Neuaufstellung des Regionalplans OWL für den Regierungsbezirk Detmold **- Stellungnahme der Stadt Bielefeld zu den Ausgleichsvorschlägen der Regionalplanungsbehörde**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5313/2020-2025

Frau Waimann beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erste Lesung der Vorlage.

Die Fläche MI S-01 solle ein Freiraum- und Agrarbereich bleiben, auf dem keine Bebauung stattfinden solle. Ebenfalls solle zum Flächenbereich G Mi 3 konkretisiert werden, welche Flächen an der Eckendorfer Straße genau betroffen seien.

Herr Schwarz erklärt, dass die Eingaben zu über 80 Einzelflächen zu 90% pauschal mit dem Hinweis zurückgewiesen worden seien, dass den Anregungen nicht gefolgt wurde. Er vertritt die Auffassung, dass der Umgang der Regionalplanungsbehörde mit den Bedenken der Naturschutzverbände nichts mit einem demokratischen Beteiligungsverfahren zu tun habe. Darum werde er für DIE PARTEI keine Beschlussempfehlung aussprechen.

Herr Suchla bittet darum, dass die Fachverwaltung zu den von Frau Waimann genannten Flächen bzw. den Vorschlägen eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung fertigt.

Frau Hennke weist darauf hin, dass verschiedene Gremien und auch der Rat hierzu bereits ausführlich beraten hätten. In der heutigen Vorlage gehe es darum, die Stellungnahme der Stadt Bielefeld zu den Punkten abzustimmen, bei denen es zwischen der Regionalplanungsbehörde und der Stadt Bielefeld unterschiedliche Auffassungen gäbe. Sie bitte darum, weitere Fragen möglichst schnell an das Büro des Rates zur Weiterleitung zu senden.

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 12

City-Entwicklung

Hier: Sachstand City-Entwicklung & Zuwendungsbescheid "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5314/2020-2025

Frau Hennke verweist auf Seite -4- und bittet zum städtebaulichen Rahmenplan für das Karstadt-Areal die Fachverwaltung um ergänzende Mitteilung zum weiteren Vorgehen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13

Lutter-Offenlegung Bauabschnitt III (BA III) - Teutoburger Straße bis Stauteich I: Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5259/2020-2025

Über die Informationsvorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14

Öffnung des Grundablasses des Stauteich II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5286/2020-2025

Über die Informationsvorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15

Errichtung einer Freilufthalle in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5265/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Herr Bevan hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Realisierung einer Freilufthalle auf dem Gelände der Bezirkssportanlage Rußheide zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Stadtsportbund unter Ausschöpfung der Fördermittel aus dem Programm „Moderne Sportstätte 2022“ bei der Errichtung einer Freilufthalle auf dem Gelände der Bezirkssportanlage Rußheide zu unterstützen.

Sofern die erwartete Fördersumme i. H. v. 500.000 € für die Umsetzung der Maßnahme nicht auskömmlich sein wird, soll der Restbetrag aus Mitteln der Sportpauschale des Landes NRW zur Verfügung gestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2023/24;

hier: Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5283/2020-2025

Herr Schwarz erklärt, dass die theoretische Klassengröße nicht der Realität in den Klassenzimmern entspreche. Kinder mit besonderem Förderbedarf oder die Klasse wiederholende Kinder würden in der Berechnung nicht berücksichtigt.

Frau Brockerhoff verweist auf den Beschluss des Schul- und Sportausschusses zur Deckelung der Klassengröße, da sich nach Unterrichtsbeginn noch Veränderungen ergeben könnten.

Beschluss:

- 1. Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen im Stadtbezirk Mitte werden für das Schuljahr 2023/24 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 festgelegt.**

2. Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen im Stadtbezirk Mitte sowie die Bezirksvertretung Mitte sind anzuhören.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 17

Nutzung der Räumlichkeiten der ehemaligen Pestalozzischule als Interim für die im Stadtbezirk Stieghorst dringend benötigte Grundschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5369/2020-2025

Frau Brockerhoff bittet darum, den Schulwegplan baldmöglichst vorzustellen.

Beschluss:

Die Räumlichkeiten der ehemaligen Pestalozzischule werden als Interim für die dringend benötigte weitere Grundschule im Stadtbezirk Stieghorst bis zur Fertigstellung des Neubaus an der Oldentruper Straße (gegenüber der Einmündung Meisenstr.) genutzt und bedarfsgerecht hergerichtet.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 18

Wahl der stellvertretenden Trägervertretung für die KiTa Jakobus

Frau Hennke teilt mit, dass für den Rat der KiTa Jakobus die stellvertretende Trägervertretung neu zu besetzen sei. Die Verwaltung habe hierzu am 12.01.2023 schriftlich um Vorschläge gebeten. Frau Martina Meyer habe hierzu ihr Interesse bekundet, andere Bewerbungen lägen nicht vor.

Beschluss:

Als stellvertretende Trägervertretung in der KiTa Jakobus benennt die Bezirksvertretung Mitte Frau Martina Meyer.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 19

Reinigung der Straßennamensschilder und angebrachter, erklärender Legendschilder (Beschluss des Seniorenrates vom 16.11.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5021/2020-2025/1

Frau Heckeroth beantragt, über die Reinigung der Schilder und die sonstigen Anregungen des Seniorenrates getrennt abstimmen zu lassen.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mitte beschließt, alle Straßennamensschilder im Stadtbezirk Mitte, deren Namensgebung zum Gedenken oder zur Ehrung von Personen erfolgte, sowie angebrachte Legendschilder reinigen zu lassen bzw. wieder lesbar zu machen.

- einstimmig beschlossen -

2. Wo im Stadtbezirk Mitte Legendschilder fehlen, sind diese hinzuzufügen. An geeigneter Stelle sind Hinweistafeln zu den Personen, deren Namen eine Straße trägt, aufzustellen. Diese Hinweistafeln sollen zusätzlich mit einem QR-Code versehen werden.

- bei einer Enthaltung einstimmig abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 20

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 20.1

Prüfung "Aufstellungsmöglichkeiten Basketballfelder" (s. Beschluss zu TOP 5.4 der Sitzung 20.10.2022, DSN 4893/2020-2025)

Das Sportamt berichtet:

Die Bezirksvertretung Mitte und Schildesche hat mit Beschluss vom 20.10.2022 die Verwaltung beauftragt

„zu prüfen, ob z.B. zwischen Max-Planck-Gymnasium und Gertrud Bäumer Realschule, auch nach Abstimmung mit den Schulen, oder hinter dem Schlosshof, im Grünstreifen zwischen der Schüco Arena / Wickenkamp oder oberhalb des Fußballplatzes hinter dem Schloßhof im Grüngürtel (52°02'06.4"N 8°30'48.3"E, Gebiet BV Schildesche) der Aufbau eines Basketballplatzes (komplettes Spielfeld oder 3x3-Court) möglich ist bzw. ob es im Bielefelder Westen / bzw. Schildesche West eine andere Möglichkeit für den Aufbau eines Basketballplatzes (komplettes Spielfeld oder 3x3-Court) gibt.

Des Weiteren wird um Prüfung gebeten, mögliche Fördermaßnahmen für einen solchen offenen, ggf. auch überdachten Basketballplatz (komplettes Spielfeld oder 3x3-Court) aufzuzeigen.“

Hierzu nimmt das Sportamt wie folgt Stellung:

Die Initiative der Politik zu Erweiterung des Sportangebotes für die Bevölkerung durch ein weiteres Basketballfeld wird grundsätzlich begrüßt. Jedoch ist bei einer genaueren Betrachtung festzustellen, dass gerade im Bielefelder Westen bereits einige Basketballkörbe vorhanden sind, wie z.B.

- Teichstraße (ein Korb)*
- Gertrud-Bäumer-Schule (ein Korb)*
- Max-Planck-Gymnasium (ein barrierefreier Korb und zwei eingezäunte Körbe)*
- Bültmannshofschule (ein niedriger Korb)*
- Laborschule (zwei Körbe)*
- Am Sportplatz Wellensiek (ein Korb)*
- Kunststoffplatz an der FH Bielefeld (zwei Körbe)*
- Schöneberger Straße (ein Korb)*
- Dornberger Auenpark (ein Korb)*

Eine detaillierte Übersicht zu den Angeboten ist auf der Court Culture App zu finden. Betrachtet man die Verteilung der vorhandenen Basketballkörbe würden sich aus sportfachlicher Sicht für den Bielefelder Westen eher die Grünzüge Gellershagenpark oder Park Am Meierteich als mögliche Standorte für ein neu zu errichtendes Basketballspielfeld eignen. Eine abschließende Beurteilung, ob die Errichtung eines Basketballfeldes an dem von der Bezirksvertretung vorgeschlagenen Standort oder an einer anderen Stelle in einem Grünzug in Bielefeld möglich ist, muss vom Umweltamt vorgenommen werden. Bezüglich des Themas der Förderung der Errichtung eines Basketballfeldes besteht die Möglichkeit, dass die Bezirksvertretung eine Bezuschussung aus der für Sportgelegenheiten zur Verfügung stehenden Mittel der Sportpauschale des Landes NRW beantragt. Über die Verwendung dieser Mittel entscheidet der Schul- und Sportausschuss auf Grundlage der Empfehlung einer vom Ausschuss eingesetzten Arbeitsgruppe. Über weitere Fördermöglichkeiten kann gegebenenfalls die zentrale Fördermittelkoordination im Amt für Finanzen informieren.

Frau Richter merkt an, dass hier viele Einzelkörbe genannt würden. Der Prüfauftrag habe aber zum Ziel gehabt, ganze Basketballfelder bzw. 3x3 Courts zu ermöglichen. Zudem lägen viele der aufgeführten Körbe nicht im Stadtbezirk Mitte, sondern auch in Dornberg und Schildesche.

Herr Tobien weist darauf hin, dass der Prüfauftrag auch den Bielefelder Westen und den westlichen Teil von Schildesche miteinbezogen habe.

Frau Hennke schlägt vor, die Antwort heute zur Kenntnis zu nehmen und gegebenenfalls für einen konkreten Platz einen Antrag zu stellen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 20.2 Verschiebung der Verkehrsversuche (s. Beschluss zu TOP 6.2 der Sitzung am 01.09.2022, DSN 4128/2020-2025)

Das Amt für Verkehr berichtet:

Die Vorlage wurde in der Sitzung der BV Mitte am 09. Juni 2022 in erster Lesung zur Kenntnis genommen. Für die Durchführung der Verkehrsversuche war ursprünglich der Zeitraum von August – Oktober 2022 (Zeitraum zwischen den Sommer- und den Herbstferien 2022) vorgesehen. Durch die Behandlung der Vorlage in erster Lesung hat sich der Durchführungszeitraum für die Verkehrsversuche verschoben. Der Beschluss zur Durchführung der Verkehrsversuche (Drs.Nr. 4128/2020-2025) und die Einrichtung und Gestaltung der Fahrradstraßenverbindung (Drs.Nr. 4122/2020-2025/1) wurde am 01.09.2022 in der Bezirksvertretung Mitte gefasst. Die Abweichungen der Gestaltung der konkreten Fahrradstraßenverbindung von den Grundsätzen der Gestaltung von Fahrradstraßen (Drs.Nr. 0349/2020-2025) wurden vom Stadtentwicklungsausschuss am 15.09.2022 beschlossen. Im Anschluss an die Beschlüsse erfolgten die erforderlichen baulichen Maßnahmen zur Umsetzung der Fahrradstraße und der Einbahnstraßenregelungen. Der Start der ersten Versuchsphase war am 26.10.2022. Die Erhebung der Verkehrsdaten der Auswirkung der geänderten Verkehrsführung auf die Verkehrsbelastung auf der Fahrradstraßenverbindung und das umliegende Quartier fand im Dezember 2022 statt. Der Wechsel der Versuchsphase war für Januar 2023 vorgesehen. Die Einrichtung der Diagonalsperren umfasst neben den physischen Sperren (Poller) zusätzlich Markierung zur Verdeutlichung der Sperren und der Vorfahrtsregelung. Auf Grund der aktuellen Witterungsbedingungen kann die erforderliche Markierung in den Bereichen der Diagonalsperren aktuell nicht aufgebracht werden. Sobald die Witterungsverhältnisse es zulassen wird die Markierung aufgebracht. Die baulichen Vorbereitungen für die Diagonalsperren werden parallel durchgeführt.

Vor dem Start der zweiten Versuchsphase werden die Anwohner und Gewerbetreibenden mit einem Anwohnerschreiben auf die geänderte Verkehrsführung hingewiesen. Die Schulen und Kindertageseinrichtungen erhalten ebenfalls entsprechende Informationen. Zusätzlich werden die Presse informiert und die Informationen über die geänderte Verkehrsführung auf der Projekthomepage www.fahrradstrasse-bi.de veröffentlicht.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 20.3 Bänke am Mirabellenplatz (s. Beschluss zu TOP 5.2 der Sitzung am 01.09.2022, DSN 4518/2020-2025)

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Gefasster Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beauftragt die Verwaltung, am Mirabellenplatz um den runden Schutzzaun herum Bänke mit Rückenlehne aufzustellen. Dabei wird für ausreichend, alternative Fahrradparkplätze in der direkten Umgebung gesorgt. Die konkrete Planung ist der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

*Das Konzept (Auswahl der Bänke sowie deren Positionierung) wird der Bezirksvertretung Mitte zum Beschluss vorgelegt. Danach wird 660.32 das Aufstellen begleiten. Dieses erfolgt in enger Abstimmung mit dem Umweltbetrieb. Hinsichtlich der Aufstellung von weiteren Fahrradbügeln wird das Amt für Verkehr den weiteren Verlauf des Projektes „altstadtraum“ abwarten. Der in der Bielefelder Altstadt befindliche Mirabellenplatz ist Teil des Projekts. Maßnahmen innerhalb des Projektgebietes werden gesamtheitlich betrachtet und in einem Konzept gebündelt. Um die vielen beteiligten Akteur*innen aus dem öffentlichen Sektor, der Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft nicht zu übergehen, werden zum jetzigen Zeitpunkt keine Planungen zu Fahrradbügeln im Umfeld des Mirabellenplatzes vorgenommen, jedoch in der Konzepterarbeitung zum „altstadtraum“ berücksichtigt.*

Herr Westebbe drängt darauf, den Beschluss schnell umzusetzen. Es sei in der Vergangenheit immer wieder der Wunsch an Politik und Verwaltung herangetragen worden, den Mirabellenplatz gastronomisch zu nutzen. Die Bezirksvertretung Mitte habe aber stets die Position vertreten, dass Außengastronomie dort nicht gestattet werden solle. Um hier auch für die neue Sitzungsperiode Klarheit zu schaffen, hätten sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag [Text s. Beschluss] verständigt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt, dass auf dem Mirabellenplatz keine Außengastronomie gestattet wird.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 20.4 Baustelle Stapenhorststraße - Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss

Das Amt für Verkehr berichtet:

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 24.01.2023 wurde die Verwaltung bei der Beratung der Drucksache 5291/2020-2025 (TOP 8 Baustelle Stapenhorststraße – Beschlussempfehlungen der BV Mitte) gebeten, in der Sitzung der BV Mitte am 26.01.2023 noch ergänzende Informationen zu geben. Das Amt für Verkehr teilt hierzu mit:

Abstimmung mit Arminia:

Der Kontakt/Abstimmung mit Arminia ist sehr engmaschig. Die konkrete Abstimmung erfolgt jeweils direkt vor dem jeweiligen Heimspiel. Daran beteiligt sind die Baukoordination und die Straßenverkehrsbehörde des Amtes für Verkehr, das Ordnungsamt sowie die Verantwortlichen von Arminia Bielefeld (u.a. Herr Venghaus). Letzte Woche wurden die Regelungen für das nächste Spiel gegen Sandhausen besprochen. Dieses Prozedere wird während der Bauphase für alle Heimspiele beibehalten.

Baubüro: Die Baufirma hat bereits einen Bauwagen im Baubereich als Anlaufstelle aufgestellt, der mit dem jeweiligen Baufeld mitwandern wird. Aktuell steht der Bauwagen kurz hinter der Kreuzung Weststraße/Stapenhorststraße. Die Öffnung erfolgt am Dienstag 31.01.2023 um 10.00 Uhr. Die Anlaufstelle wird dienstags und donnerstags geöffnet sein.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Henneke
Bezirksbürgermeisterin

Tobien
Schriftführer